

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 35 (1994)  
**Heft:** 12

**Artikel:** Chinesische Spezialitäten  
**Autor:** Pozsgai, Joseph  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092907>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Joseph Pozsgai

# Chinesische Spezialitäten

Diesmal geht es nicht um Köstlichkeiten der chinesischen Küche, sondern um die Produkte der Politik Pekings. Die chinesische Politik ist nämlich ebenso reich an Spezialitäten wie die dortigen Speisekarten, aber für Europäer und Amerikaner weniger leicht verdaulich als das Essen mit den Stäbchen.

Ein eindrucksvolles Beispiel lieferte dafür auch der Deutschlandbesuch des chinesischen Ministerpräsidenten, Li Peng, im Juli. Während der Chinese für die deutsche Wirtschaft Milliardenaufträge mitbrachte, gab es landesweit heftige Demonstrationen gegen die fortwährenden Menschenrechtsverletzungen der chinesischen Regierung, so dass Li Peng sein Besuchsprogramm verkürzte und vorzeitig nach Hause reiste. Doch diese für Bonn peinliche Situation schien den Pekinger Regierungschef nicht sonderlich zu stören — er zeigte sich über die wirtschaftlichen Ergebnisse seiner Visite zum Schluss sehr zufrieden.

## Chinas KP fest im Sattel

Den 4. Juni 1989, den Tag, als auf Befehl der chinesischen Regierung chinesische Armee-Einheiten auf dem zentralen Tienanmen-Platz an den politische Freiheiten fordernden Studenten und jungen Arbeitern ein Massaker verübten, wobei mehr als tausend Menschen starben, kann die westliche Welt binnen so kurzer Zeit kaum verdrängen. Den Schiessbefehl, diese brutalste Art der Niederschlagung der Studentenbewegung, gab auf Veranlassung des in Panik geratenen Politbüros derselbe Regierungschef, Li Peng, der jetzt als gern gesehener Gast seinen Staatsbesuch in Bonn abstattete.

Das Massaker, das im Grunde ein folgenschwerer politischer Fehler war, hatte Peking für längere Zeit international isoliert und die bis dahin sehr erfolgreich verlaufenen Wirtschaftsreformen vorübergehend gestoppt. Es sah eine Zeitlang so aus, dass die sich neu for-

Für einen politischen Pluralismus auf halbem Weg zur wirtschaftlichen Umgestaltung wäre es noch zu früh gewesen. Chinas nationale Einheit wäre gefährdet gewesen.

Studenten blockieren einen Lastwagen mit Soldaten, die unterwegs zum Tienanmen-Platz sind (Foto: Keystone)



mierende chinesische Führung den Reformweg abrupt beendet und zur maoistischen Planwirtschaft zurückkehrt. Parteichef Zhao Ziyang wurde abgesetzt. Der Reformvater und der eigentliche Staatsführer Chinas, Deng Xiaoping, hatte plötzlich keine Mehrheit mehr in den führenden Gremien der kommunistischen Partei.

Um seine Macht nicht gänzlich zu verlieren und sein Reformwerk zu retten, musste Deng dem Massaker zustimmen. Aber schon bald darauf erklärt er, dass die Rückkehr zu den alten Verhältnissen für China verhängnisvoll wäre. Deng hatte recht. Der Stopp der Wirtschaftsreformen brachte das Riesenreich in enorme wirtschaftliche Schwierigkeiten. Mit seiner Parteiopposition war jedoch Deng von da an in einer Grundfrage einig: An der politischen Macht der KP Chinas dürfe man nicht rütteln. So konnte der greise Chefdenker Chinas seinen Mann, Jiang Zemin aus Schanghai, zum neuen Parteichef wählen lassen; dieser ist heute auch Staatspräsident.

## Nationale Einheit bewahren

Während aber die neuen Hardliner an der Parteispitze für die Machterhaltung der KP aus rein persönlichen Interessen motiviert waren und den Rückwärtsgang bereits eingeschaltet hatten, schien jetzt Deng zu der neuen Erkenntnis gekommen zu sein, dass die Einführung eines Mehrparteiensystems in China, der Verzicht der KP auf die Macht, nicht nur erhebliche «Betriebsstörungen» auf dem Weg der erstrebten sozialen Marktwirtschaft hervorrufen könnte. Wie das sowjetische Beispiel zeigte, wäre es für einen politischen Pluralismus auf halbem Weg zur wirtschaftlichen Umgestaltung in diesem Land noch zu früh gewesen; denn damit wäre Chinas nationale Einheit gefährdet gewesen.

In China gibt es 30 Provinzen und 40 Sprachen. Der Zusammenhang dieses

Fortsetzung Seite 18

Riesenreiches ohne einen zentral gesteuerten Gewaltapparat, allein durch politische Überzeugungsarbeit, wäre im Stadium des wirtschaftlichen Übergangs kaum vorstellbar. Chefreformer Deng war noch Mitte der 80er Jahre offenbar auch für politische Reformen. Animierte von den sogar in Parteiblättern geforderten politischen Rechten, griffen damals schon die Studenten an mehreren Universitäten diese heikle Frage auf, und es kam manchenorts zu chaotischen Zuständen. Und weil der erste Reformpartei- und Parteichef, Hu Yaobang, auch für politische Reformen plädierte, musste Deng ihn opfern.

## Was kommt nach Deng Xiaoping?

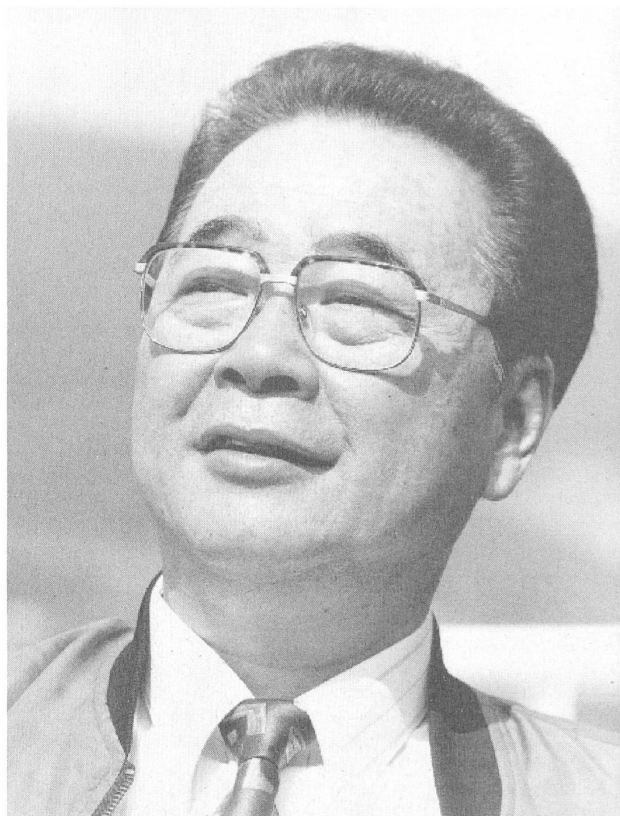
Auch dessen Nachfolger, Zai Zyang, gleichfalls ein Vertrauter von Deng, hatte keine Abneigung gegen politische Veränderungen. Er hatte offenbar gesehen, dass der Gegensatz zwischen der Parteiherrschaft und der sich schnell privatisierenden Wirtschaft zu unangenehmen politischen Spannungen führen kann, zumal die Mehrheit der Parteifunktionäre den Wirtschaftsreformen nicht gerade freundlich gegenüberstand. Daher trat Zao gegen die neue Studentenbewegung für mehr politische Rechte 1989 ebensowenig auf wie sein Vorgänger Hu. Daher war er auch bis zuletzt gegen das Massaker am Tiananmen-Platz.

Die blutige Niederschlagung einer im Grunde gewaltlosen Studentenbewe-

gung war freilich eine der grössten politischen Dummheiten, die chinesische Kommunisten jemals begangen haben. 3000 Studenten von Pekings zentralem Paradeplatz zu entfernen, dafür hätte man mehrere Lösungen mit friedlichen Mitteln finden müssen. Aus internationaler Sicht hat das Massaker den grössten Schaden für China dadurch verursacht, dass es erneut Misstrauen gegenüber den chinesischen Kommunisten schürte: Ob der politische und wirtschaftliche Kurs beibehalten wird, wenn Deng Xiaoping die Bühne endgültig verlässt?

## Die Fehler Gorbatschows vermeiden

Übrigens hat sich Deng unlängst wieder zu Wort gemeldet. Er versuchte dabei, die KP-Herrschaft in China damit zu rechtfertigen, dass sein Land das Schicksal der Sowjetunion, die auf dem Reformweg in die GUS-Staaten zerfiel, vermeiden sollte. Im Klartext: China braucht die Führungs- und Verwaltungsstruktur der KP, um die Reformen bis zum Ende zu führen und die Einheit Chinas bewahren zu können. Das ist allerdings ein sehr starkes Argument in Richtung Westen. Wenn die politische Instabilität der GUS-Staaten auch China ergreifen würde, wäre das für die westliche Welt alles andere als wünschenswert. Parallel zu den chinesischen Reformproblemen hat der mit Gorbatschows Amtsantritt 1985 begonnene sowjetische Reformweg für die Chinesen viele nützliche Erfahrungen geliefert.



Ministerpräsident Li Peng  
(Foto: Keystone)

Wandzeitungen als Vorboten politischer Reformen  
(Foto: Keystone)



So geschickt Gorbatschow auf dem ausserpolitischen Parkett operierte, so glücklos war er zu Hause in seinem Bemühen, den angekündigten politischen und wirtschaftlichen Systemwechsel herbeizuführen. Bei der Gestaltung seiner Strategie und Taktik machte er zwei folgenschwere Denkfehler, die er offensichtlich erst spät begriff, als alles kaum noch zu korrigieren war:

1. Die innere Krise der Sowjetunion hat primär eine wirtschaftliche Ursache. Statt seine Kräfte auf einen wirtschaftlichen Systemwechsel zu konzentrieren, wollte der Sowjetführer zuerst die politischen Strukturen ändern. Statt die Führungselite, den militärisch-industriellen Komplex, für tiefgreifende Wirtschaftsreformen zu gewinnen, griff er den Partei- und Staatsapparat frontal an und liess die Wirtschaftsreformen beiseite.

Ihm gelang es zwar, mit der Aufstellung eines zweiten Machtapparates, des freigewählten Sowjets (Parlament), den allmächtigen Parteiapparat teilweise de jure zu entmachten. Aber de facto provozierte Gorbatschow damit nur seine Partei, die die Wirtschaft, die Armee und den KGB kontrollierte und auch in dem neuen Parlament mehrheitlich vertreten war, zu massivem Widerstand. Dabei

verschärfte der Apparat die ohnehin permanente Versorgungskrise. Und beim Versuch, die Macht der Partei zu brechen, war der Kremlchef total chancenlos, ganz zu schweigen vom Versuch, die Umgestaltung (Perestrojka) der Wirtschaft durchzusetzen.

2. Mehr «Glück» hatte Gorbatschow mit der Einführung der Meinungsfreiheit (Glasnost). Aber es war — wie sich bald herausstellte — ein zweifelhafter Erfolg. Von dieser Freiheit machten nämlich auch die unterdrückten nichtrussischen Völker der Sowjetunion Gebrauch, um ihre Unabhängigkeit zu fordern. Und es brachen auch wieder alte Gegensätze zwischen Nationalitäten (wie Armenien und Aserbaidschan) auf. Schliesslich erklärten alle 15 Sowjetrepubliken ihre Unabhängigkeit von Moskau, darunter auch die grösste, die Russische Republik. Mit diesen Folgen von Glasnost hatte Gorbatschow erklärtermassen nicht gerechnet: dass nämlich der schon unter den Zaren mit Militärgewalt zusammengehaltene Vielvölkerstaat vom Zerfall bedroht wird, wenn den von Russen kolonisierten Randvölkern demokratische Rechte eingeräumt werden.

## Volksrepublik China

### Sozialprodukt (in Mrd. RMB. ¥)

	1990	1991	1992	1993*	1994**
BIP (Preise = 1985)	1.240	1.339	1.516	-	-
Wachstum (real, in %)	5,0	7,3	13,0	13,3	10,0

\* 1.-3. Quartal; \*\* Prognose

### Wichtige Handelspartner 1991 (Mio. US\$)

	Import		Export	
	Wert	Anteil (%)	Wert	Anteil (%)
Hongkong	17.463	27,4	32.137	44,7
Japan	10.031	15,7	10.232	14,3
USA	8.008	12,6	6.193	8,6
Taiwan	3.639	5,7	-	-
Deutschland	3.049	4,8	2.355	3,3
ehemalige UdSSR	2.081	3,3	1.823	2,5

Quelle: China's Customs Statistics, in: bfai, Jahresmitte 1992

Aus: Munzinger Archiv, Länder aktuell

# Lettland erwartet Sie

Nach 50 Jahren Fremdherrschaft und Isolierung ist Lettland wieder auf dem Rückweg nach Europa. Riga-Reisen erschliesst ein Land mit unberührter Natur, reicher Kultur und vermittelt nicht alltägliche Einblicke in die Probleme einer Gesellschaft im dramatischen Wandel von Kommunismus zu Demokratie und Marktwirtschaft.

Achttägige politische Studienreise  
 «Lettland – Land im Umbruch» Fr. 1490.–  
 Acht Tage «Romantisches Lettland» Fr. 1430.–  
 Acht Tage «Baltische Hauptstädte» Fr. 1390.–

Verlangen Sie nähere Auskünfte über unsere vielfältigen Angebote.

## RigaReisen

Telefon 063 61 07 70 (auch samstags)

## Von Moskau gelernt

Mit politischen Mitteln konnte Gorbatschow diese Entwicklung nicht mehr aufhalten. Seine verzweifelten Versuche, mit einem neuen Unionsvertrag die meist schon von nichtkommunistischen Regierungen geführten Republiken wieder unter Moskauer Zentralgewalt zu stellen, scheiterten kläglich. Er hatte ja keine Macht, seinen Willen durchzusetzen. Dieser zweite Denkfehler führte zur innenpolitischen Wende in der Sowjetunion. Und für Gorbatschow blieb keine Zeit mehr, sich der Umgestaltung der Wirtschaft zu widmen. Seine Perestrojka ging zu Ende, bevor sie noch begonnen hatte.

Von Gorbatschows verhängnisvollen Fehlern haben die chinesischen Reformen viel gelernt, obwohl in China für keine Minute die Gefahr bestand, statt mit wirtschaftlichen mit politischen Reformen zu beginnen. Es war sogar eine ausgezeichnete Idee, zuallererst die Landwirtschaft, wo 80 % der Gesamtbevölkerung tätig waren, zu privatisieren. Chinas grösstes Problem, der permanente Lebensmittelmangel, war binnen zweier Jahre gelöst. Die Industrie erreichte jährlich zweistellige Wachstumsraten, abgesehen von den auf das Studentenmassaker folgenden zwei Jahre. Eine grosse Zahl der 40 Mio meist reichen Auslandchinesen investiert in China jährlich Milliarden von Dollarbeträgen. Die Investitionslust der Europäer

und Amerikaner ist wieder ungebrochen. «Das chinesisch-deutsche Handelsvolumen steigt schnell und betrug im Jahre 1993 mehr als 10 Mia US-Dollar. Es wurden in China bereits 570 Unternehmen mit deutschen Investitionen gegründet, und die Tendenz ist steigend», erklärte der nunmehr reformfreudig gewordene chinesische Regierungschef Li Peng bei seinem Besuch in Bonn.

## Widerstand aus den Provinzen?

Der Reformvater und der höchste Hüter der Einheit Chinas, Deng Xiaoping — trotz seines hohen Alters —, sitzt fester im Sattel denn je. Aber wie lange die KP Chinas die Zentralgewalt über das ganze Reich ausüben können, das kann heute kaum jemand in Peking voraussagen. Widerstand kommt bereits gegen die Massnahmen der Regierung — jetzt nicht von Studenten, sondern von den reich gewordenen Provinzen wie beispielsweise Kanton.

Der ununterbrochene Wirtschaftsaufschwung im privaten Bereich erzeugt in China neben sonstigen Problemen freilich auch viel Korruption. Ohne Bestechung geht es bei den Behörden kaum mehr. Durchschnittlich muss dafür mit 5 % der Investitionskosten gerechnet werden. Das sind aber keine chinesischen Spezialitäten. Dieses Phänomen ist in allen postkommunistischen Ländern vorhanden — allen voran in Russland. ■